

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1928

217 (17.9.1928)

Ersteinst täglich
mit Ausnahme der Feiertage

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aus-träger frei ins Haus
monatlich Goldmark 1.60
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 465
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6908

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentl. Beilagen: Ein Bild in die Welt • Die Brunnenlube • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- u. Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf. Grundschritt im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der bei Nichtabdruck innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Vertreibung erlischt.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto
Bereitschaft Sinsheim
e. G. m. b. H.

Nr. 217.

Montag, den 17. September 1928.

89. Jahrgang

Ergebnis der Räumungsverhandlungen.

Deutschlands Rechtsanspruch auf Räumung anerkannt.

Genf, 17. Sept. (Zuspruch.) Die deutsche, englische und französische Delegation haben gestern nachmittag über das Ergebnis der letzten Konferenz der sechs Mächte folgende übereinstimmende Verlautbarung ausgegeben:

Am Schluß der dritten Besprechung, die die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans abhielten, haben sie mit Befriedigung die freundschaftlichen Gesinnungen festgesetzt, unter denen die wichtigsten Fragen erörtert worden sind, die Gegenstand ihres Meinungsaustausches waren.

Eine Einigung ist in folgenden Punkten zwischen ihnen zustande gekommen:

1. Ueber die Eröffnung einer offiziellen Verhandlung über die vom deutschen Reichskanzler vorgebrachten Forderungen nach vorzeitiger Rheinlandräumung;
2. Ueber die Notwendigkeit, das Reparationsproblem vollständig und endgültig zu regeln und zu diesem Zweck eine Kommission von Finanzfachverständigen der sechs interessierten Mächte einzusetzen.
3. Ueber den Grundriß der Einsetzung einer „Feststellungs- und Vergleichskommission“. Die Zusammenlegung, das Funktionieren, das Arbeitsgebiet und die Dauer dieser Kommission werden Gegenstand weiterer Verhandlungen zwischen den Regierungen bilden.

Das amtliche Kommuniqué

Genf, 17. Sept. (Zuspruch.) Das von der deutschen, englischen und französischen Delegation am Sonntag ausgegebene Kommuniqué über das Ergebnis der Räumungsverhandlungen erweist sich bei näherer Betrachtung zunächst lediglich

als ein Vertrauens- und Feststellungsbeispiel.

Man scheint nach dem Wortlaut des Kommuniqués als Ergebnis der drei Konferenzen der Weimächte lediglich zu einer Feststellung der bestehenden Lage gelangt zu sein, d. h. man erkennt die Notwendigkeit gleichzeitiger Verhandlungen über das Reparationsproblem und über die Einsetzung einer sogenannten Feststellungs- und Vergleichskommission im Rheinland an. Die vorzeitige Gesamträumung des Rheinlandes wird zweifellos erst als das Ergebnis abgeschlossener Verhandlungen über die beiden jetzt zur offiziellen Erörterung gestellten Fragen angesehen.

Das Kommuniqué stellt lediglich fest, daß eine Einigung über die Eröffnung offizieller Räumungsverhandlungen erzielt sei, erwähnt jedoch mit keinem Wort, unter welchen Bedingungen und zu welchem Zeitpunkt die Räumung des Rheinlandes als denkbar angesehen wird.

Hervorzuheben ist jedoch, daß somit der Rechtsanspruch der deutschen Regierung auf Räumung des Rheinlandes anerkannt worden ist. Die Aufrechterhaltung dieses Rechts wird auch für die weiteren Verhandlungen die entscheidende Frage für die deutsche Regierung bilden müssen, da die Möglichkeit einer Einberufung des Locarno-Schiedsgerichtes oder des Völkerbundsrates in der Räumungsfrage heute mehr denn je als einziger Ausweg erscheint. — Punkt 3 des Kommuniqués stellt ferner fest, daß Zusammenlegung, Arbeiten, Arbeitsgebiet und Dauer der sogenannten „Feststellungs- und Vergleichskommission“ Gegenstand weiterer Verhandlungen bilden werden. Nach den von der Reichsregierung in der Kabinettsitzung am Samstag eingenommenen Standpunkt wäre entsprechend der bisherigen offiziellen deutschen Auffassung eine internationale Kontrolle des Rheinlandes nur bis zum Jahre 1935 als denkbar erachtet. Punkt 3 des Kommuniqués stellt nun ausdrücklich fest, daß über die Dauer der künftigen Rheinlandkommission verhandelt werden soll. — Punkt 3 bedeutet somit eine Ergänzung zu Punkt 4 des bekannten Investigationsprotokolls vom 11. Dezember 1926, in dem der Völkerbundrat feststellte, daß in der entmilitarisierten Rheinlandzone eine Kontrolle (die berücksichtigten elements stables et permanentes), die über die Bestimmungen des Artikels 213 des Versailler Vertrages hinausgeht, nur durch eine Übereinkunft zwischen den alliierten Regierungen geschaffen werden kann. Diese Frage ist aber nunmehr durch den Punkt 3 des Kommuniqués als aufgerollt anzusehen. Es ist jedoch zu befürchten, daß die ausdrückliche Erwähnung der Bereitschaft, über die Dauer der Rheinlandkommission zu verhandeln, von der alliierten Seite als ein deutsches Zugeständnis in dieser wichtigen Frage aufgefaßt werden wird. Ohne Zweifel muß dieser Abgang des amtlichen Kommuniqués dahin ausgelegt werden, daß Deutschland jetzt bereit sei, über eine Ausdehnung der Kontrolle über das Jahr 1935 zu verhandeln. Eine Gegenleistung für diese, jedenfalls scheinbare deutsche Vorleistung ist in dem Kommuniqué jedoch nirgends zu finden.

Das wesentliche Ergebnis der Genfer Räumungsverhandlungen ist jedenfalls dahin gekennzeichnet, daß von der Pariser und Londoner Regierung nunmehr die ganze Frage von neuem auf den Weg diplomatischer Aussprache verschoben worden ist. Ob es tatsächlich gelingen wird, auf diplomatischem Wege weiter zu gelangen als in den mündlichen Verhandlungen in Genf und Paris, muß zunächst abgewartet werden.

Das Reichskabinett billigt Müllers Haltung

Eine erfreuliche Einmütigkeit.

Berlin, 16. Sept. Halbamtlich wird bekanntgegeben: Das

Reichskabinett trat gestern unter Vorsitz von Reichswehrminister Gröner zu einer Sitzung zusammen, an der die Reichsminister Curtius, Dietrich, v. Guérard, Hilferding, Evering, Schädl und Wisfoll teilnahmen. Gegenstand der etwa einstündigen Beratung bildete die Lage in Genf, wie sie sich aufgrund der Berichte der deutschen Delegation darstellt. Die Haltung der Delegation fand einmütige Billigung. Die Stellungnahme des Reichskabinetts zu den in Frage stehenden Problemen wurde der Delegation telegraphisch übermittelt.

Verhandlungsgrundlage

Berlin, 16. Sept. Die nach der Kabinettsitzung am Samstag ausgegebene amtliche Mitteilung der Reichsregierung wird trotz ihrer Kürze in politischen Kreisen Berlins gleichwohl dahin gedeutet, daß die Absicht des Reichskanzlers Hermann Müller in Genf, die Verhandlungen mit den übrigen fünf Mächten am Sonntag fortzusetzen, die Billigung des Reichskabinetts gefunden hat. Diese Verhandlungen können jedoch — soweit sie von französischer Seite vorgeschlagen „Feststellungs- und Vergleichskommission“ betreffen, nach deutscher Ansicht höchstens auf der Grundlage geführt werden, die Reichsaussenminister Dr. Stresemann in seiner großen außenpolitischen Rede am 31. Januar ds. J. gekennzeichnet hatte. In dieser Rede hieß es u. a.:

„Wir werden eine Diskussion über Fragen, die eine Beobachtung der Verhältnisse im Grenzgebiet bis zur Beendigung der für die Besetzung des Rheinlandes in Aussicht genommenen Zeit vorsehen, nicht grundsätzlich ablehnen, aber wir können nicht der Auffassung Raum lassen, als wenn Deutschland bereit wäre, die Verfüzung der Rheinlandbesetzung mit dauernden Maßnahmen zu erkaufen, die über den Vertrag von Versailles hinausgehen.“

Hieraus ist zu entnehmen, daß das Reichskabinett als äußerstes Zugeständnis sich höchstens mit Abmachungen einverstanden erklären kann, die im Jahre 1935, dem Endpunkt der Besatzungsfrist, aufhören. Aber auch das hängt wesentlich von der Form ab, in der die unsichtbare „Beobachtung im Grenzgebiet“ realisiert werden soll. Was die Ausführung der Reparationsfrage anbelangt, so hat auch die Reichsregierung ein lebhaftes Interesse, die Diskussion hierüber fortzusetzen.

Kontrolle der privaten Waffenherstellung

Genf, 17. Sept. In der dritten Kommission wurde die Aussprache über die letzte Tagung des Ausschusses für die Kontrolle der privaten Waffenherstellung fortgesetzt. Der französische Arbeiterführer Jouhaux stellte fest, daß die Bestimmungen der bisherigen Konventionenentwürfe über die Kontrolle der privaten Waffenherstellung ungenügend seien und weiter ausgebaut werden müßten.

Der Gedanke des Friedens dürfe nicht den Interessen einzelner an der Waffenherstellung interessierter Kreise geopfert werden. Die Einberufung einer internationalen Tagung zur Annahme der Konvention dürfe jedoch unter keinen Umständen anstelle der allgemeinen Abrüstungskonferenz treten. Es müsse vielmehr eine allgemeine Abrüstungskonferenz einberufen werden, in deren einzelnen Kommissionen dann die bestimmten Fragen, so auch die Frage der privaten Waffenherstellung, zu prüfen wären. Jouhaux legte sodann einen Entschließungsentwurf vor, wonach die Kommission für die Kontrolle der privaten Waffenherstellung, deren Vorsitzender Graf Bernstorff ist, von neuem zusammenberufen werden soll, um den endgültigen Kommissionentwurf auszuarbeiten, der von den Regierungen bis zur Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz angenommen werden soll. Der italienische Vertreter nahm den Vorschlag an.

Graf Bernstorff schlug die Einsetzung eines Redaktionskomitees vor, das den Antrag Jouhaux und den Bericht der Kommission prüfen und einen einheitlichen Vorschlag für die Kommission ausarbeiten soll. Der Antrag des Grafen Bernstorff wurde angenommen und Graf Bernstorff zum Vorsitzenden des Redaktionskomitees gewählt. Das Redaktionskomitee soll bereits am Montag der dritten Kommission den Entschließungsentwurf über die Frage der Kontrolle der privaten Waffenherstellung vorlegen.

Die erste Verstimung.

Frankreich befehlt auf seinem Schein.

London, 16. Sept. In dem englisch-französischen Verhältnis ist eine erste leichte Verstimung eingetreten. Nach Meldungen aus Genf soll Briand Lord Cushendun mitgeteilt haben, Frankreich könne keineswegs zulassen, daß England von dem französisch-englischen Marinekompromiß einseitig zurücktrete. Die englischen Meldungen, wonach dieses Marineabkommen praktisch erledigt sei, und ad acta gelegt werden würde, haben offenbar in Paris stärkere Verstimung, als bisher angenommen wurde. Briand soll seiner Mitteilung an Cushendun hinzugefügt haben, daß dieses Kompromiß ohne Zustimmung Frankreichs weder fallen gelassen, noch modifiziert werden könne, und daß Frankreich die Absicht habe, an dem Kompromiß festzuhalten. Wenn England auf Grund des amerikanischen und italienischen Einspruchs seine Ansicht in dieser Frage ändern würde, so könne Frankreich verlangen, als Vertragspartner hierüber informiert zu werden. Dieser Schritt Briands gilt hier als Beweis dafür, daß England tatsächlich bereits den Versuch gemacht hat, von dem Kompromiß zurückzutreten und von den durch Chamberlain eingegangenen Verpflichtungen sich schrittweise zurückzuziehen, aller-

dings nur, was die überseeische Seite der Rüstungspolitik anbetrifft. Mit dem Wechsel der englischen Haltung in kontinentalen und Deutschland interessierenden Fragen ist natürlich nicht zu rechnen.

Es ist ein langer Weg...

Man ist eifrig dabei, die Scherben, die Briands Rede schlug, wieder zu kitten. In Genf, Paris und auch in einem Teil der deutschen Presse kocht man mit Fleiß den Leim, von dem es heißt, er „klebt, leimt und kittet alles“ und den man diesmal zur Abwechslung auf den Namen „Mißverständnis“ getauft hat. Gut. Treuen wir uns, wenn dieser Leim seine Schuldigkeit tut. Aber ein geflickter Topf kann nicht mehr in den zurückverwandelt werden, der er vordem war. Was man auch an Erklärungen, Erläuterungen und Entschuldigungen zur Beruhigung der „politischen Atmosphäre“ anwenden mag, die Rede Briands läßt sich durch Worte nicht wieder ungehehen machen. Die deutsch-französische Verständigungspolitik hat einen empfindlichen Rückschlag erlitten und die Gegensätze, die sich zwischen der deutschen und französischen Auffassung über Locarno aufgetan haben, scheinen unüberbrückbar. Sieger und Besiegte: sind die letzten Jahre deutscher Außenpolitik umsonst gewesen?

Was soll nun geschehen? Es ist rein gefühlsmäßig verständlich, wenn im ersten Augenblick der Ruf: Schluß mit Locarno! zu einer lauten Forderung wurde. Aber der Vernunft widerstrebt es, einen Weg zu gehen, der vor einem Nichts beginnt und bei einem Nichts enden muß. Große Gesten tun nur in Romanen ihre Wirkung und politische Hygiene muß das Borrecht jener bleiben, die sich aus Illusionen einen Himmel auf Erden gezimmert hatten, und jener, die nie begreifen werden, daß das heutige Europa nicht mehr das vor 1914 ist.

Die deutsch-französische Verständigung ist und bleibt die Schicksalsfrage Europas. An diesem Wissen zerbricht jede Parole, die zerstören möchte, was mühevoll Arbeit in London, Locarno und Genf geschaffen hat. Aristide Briand, der „Mytiker des Friedens“, dem als Echo auf seine Rede der Beinamen „Charlatan des Friedens“ wurde, der andere Briand, der vor einem sozialdemokratischen deutschen Kanzler die Tür der französischen Verständigungspolitik geräuschvoll zuschlug, wird sie auch wieder öffnen müssen, wenn er nicht Frankreich selbst vor die schwerste Schicksalsfrage stellen will. Mag auch heute unter dem Eindruck des englisch-französischen Abkommens Poincaré triumphieren — man vergeht in Deutschland nur zu leicht, daß Frankreich ein ebenso großes Interesse an einer Verständigung hat wie Deutschland. Diese Verständigung vertritt sich nicht mit den klar gesteckten Zielen der französischen Außenpolitik, wie sie seit dem Fehlschlag von Thoiry trotz Briands Friedensreden wieder offenbar wurden. Das was Briand praktisch verdorben hat, ist denn auch im Grunde genommen nicht viel. Die Argumente, mit denen er die Politik Poincaré verteidigte, sind nicht wahrer geworden. Die Tatsachen bleiben dieselben, wie sie vordem waren: Frankreich will nicht die Folgerungen aus Locarno ziehen, es will nicht abströmen und am wenigsten eine gerechte Neuordnung Europas mitmachen helfen. Wenn aber der europäische Friede zur Wahrheit werden soll, wird es sich dazu verstehen müssen, trotz Poincaré, trotz der letzten Briandrede.

Was durch Briand zertrümmert wurde, ist das Vertrauen, das Deutschland in seine, Briands, Ehrlichkeit setzte, ist die Hoffnung, daß die Verständigungspolitik auf bestem Wege sei. Er hat Illusionen beseitigt geräumt, die er selbst mit aufbauen half. Vor dem ernüchterten Deutschland und dem ebenso ernüchterten Europa stehen wieder die riesigen Hindernisse, die sich vor der Verständigung aufstürmen, in greller Alltagsbeleuchtung. Soll man deshalb vor diesen Hindernissen umkehren, weil man sie wieder klar sieht? Der, für den Locarno ein Ziel war, mag es tun; wenn Locarno nur Bluff war, nur eine Ueberbepelung Deutschlands, dem mag die Parole: Schluß! eine Erlösung sein. Wer aber in Locarno nur ein Mittel, nur eine von Realpolitik diktierte Maßnahme, eine Etappe auf dem Wege zur Verständigung sieht, der wird nicht rütteln lassen an dem einmal für richtig erkannten Kurs der deutschen Politik. Briand wird seine Rede einmal am meisten bedauern — wir müssen ihm dafür danken, daß er uns erüchtete.

Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, wird man erst sehen können, wenn Genf hinter uns liegt. Was aber auch immer sich im einzelnen anbahnen mag, niemand wird der deutschen Außenpolitik törichte Entschlüsse zumuten können, die letzten Endes sich gegen uns selbst auswirken müssen. Lernen unsere Phrasenreue aus der Rede Briands, daß man mit Illusionen keine

In wenigen Worten.

Vor Vertretern der Presse sprach Graf Bernstorff über die Genfer Verhandlungen und warnte vor einseitigen Verhandlungen über die Reparationen.

Das „Echo de Paris“ berichtet über die Ausführungen Briands im vorgestrigen Ministerrat, wo die Haltung des französischen Außenministers von allen Ministern begrüßt wurde.

Eine amtliche amerikanische Erklärung besagt, daß, falls die Engländer und Franzosen ihre Flottenangelegenheit ohne Washington allein regeln, Amerika gezwungen sei, die eigene Flottenstärke zu erhöhen.

Auf dem deutschen Juristentag in Salzburg wurde die Forderung des Ehescheidungsrechts empfohlen.

Der Aufstieg des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ ist auf heute Montag verschoben worden.

Die beiden Flieger von Winterfeld und Eichler sind zu einem Langstreckenflug nach dem Osten gestartet.

In Rockford (Illinois) richtete ein Orkan ungeheuren Schaden an.

Politik machen kann, daß Politik ein unromantisches Geschäft ist, bei dem schöne Gesten zwar zweckdienlich sind, aber nicht die Politik selbst ausmachen.

Die Welt des Orient.

Eine päpstliche Enzyklika.

Rom, 14. Sept. Der Papst veröffentlicht eine Enzyklika, in der er an das Werk der Päpste zur Förderung der Studien, die die Welt des Orients zum Gegenstand haben, und zur Vermittlung tieferer Erkenntnis in diesem Wissenszweig besonders unter den Priestern erinnert.

Das päpstliche Ziel sei gewesen, auf diese Weise die Hindernisse zu entfernen, die die Priester weniger fähig machten, die schismatischen Kirchen der römischen Kirche näher zu bringen. Die Enzyklika gibt einen Rückblick auf die in dieser Hinsicht während der verflochtenen Jahrhunderte seit dem Konzil von Lyon getroffenen wichtigsten Maßnahmen und erinnert an den Schutz, den die letzten Päpste der Universität Beirut und dem biblischen Institut in Rom angedeihen ließen, durch das Papst Pius X. die Liebe zu orientalischen Dingen und Sprachen anfahte.

Dänische Wahlergebnisse

Kopenhagen, 15. Sept. Die nunmehr vollständig vorliegenden Freitagswahlergebnisse zeigen folgendes Bild:

Table with 2 columns: Party Name and Number of Seats. Includes Liberaler, Sozialdemokraten, Konservative, Demokraten, and Deutscher.

Konservative und Liberale werden also über 40 Sitze verfügen, während die Sozialdemokraten, Demokraten und Farmer mit 36 Sitzen in der Minderheit bleiben.

Abluß des Salzburger Juristentages

Salzburg, 17. Sept. Die Vollversammlung des Salzburger Juristentages stimmte den zu den verschiedenen Verhandlungsthemen von den Ausschüssen aufgestellten bereits gemeldeten Leitlinien zu.

Heute Probeflug des „Grafen Zeppelin“?

Friedrichshafen, 16. Sept. Da sich die Windverhältnisse in den Vormittagsstunden des Samstag nicht bessert hatten, mußte um 11.30 Uhr die Ausfahrt des Zeppelin-Luftschiffes aufgegeben werden.

Innerhalb des Werkplatzes wartete eine große Zahl von Pressevertretern, Filmoperatoren und Photographen vergeblich auf den Aufstieg.



Wieder war es derselbe Sprecher. Unter einem breiten Schlapphute lachte ein hübsches, junges Gesicht mit frischen, roten Wangen und blanken, braunen Augen hervor. „Woher des Weges?“

Zulassung des Luftschiffes

Berlin, 17. Sept. Angesichts der zahlreichen in der Presse verbreiteten Gerüchte über die Nichtzulassung des neuen Luftschiffes „Graf Zeppelin“ wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß diese Zulassung nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht erteilt werden dürfte, weil die technische „Unbedenklichkeitserklärung“ der zuständigen Prüfungsstelle der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt Berlin-Adlershof noch aussteht.

Der Flug Berlin-Tokio.

Königsberg, 17. Sept. (Funkpruch.) Die beiden Flieger von Winterfeld und Eichler, die am Samstagvormittag in Berlin zum Flug nach Tokio gestartet waren, sind um 18 Uhr in Königsberg gelandet.

Scheimrat Carl von Grimm gestorben.

Berlin, 15. Sept. Das Mitglied des Reichsbankdirektoriums, Scheimrat Oberfinanzrat Dr. Carl von Grimm ist am Freitag im 62. Lebensjahre gestorben.

Schnellere Abwicklung von Streitfällen bei der Arbeitslosenversicherung und beim Reichsarbeitsgericht.

Der Reichsarbeitsminister hat auf die Eingabe des Gewerkschaftsrates deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände wegen Beschleunigung des Verfahrens bei dem Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung geantwortet und als richtig anerkannt, daß der Spruchsenat beim Reichsversicherungsamt stark überlastet ist.

Auf eine weitere Eingabe des Gewerkschaftsrates betr. Beschleunigung der Revisionsprozesse beim Reichsarbeitsgericht wurde in einer gemeinsamen Antwort des Reichsarbeits- und des Reichsjustizministers ebenfalls zugeantwortet.

Wer will die Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze für die Angestelltenversicherung?

Die erfolgte Heraushebung der Pflichtversicherungsgrenze in der Angestellten-Versicherung gab der Presse verschiedenster Richtung Anlaß, in Zweifel zu stellen, ob die Mehrheit der Angestellten mit dieser Maßnahme einverstanden sei.

die Angestelltenchaft die volle Befreiung der Versicherungsgrenze energisch fordert. Der Beweis hierfür dürfte allein schon durch die 1927 erfolgten Wahlen zu den Vertrauensmännern der Angestelltenversicherung erbracht sein.

Mit restloser Befreiung der Versicherungsgrenze wäre nicht nur der Gesamtheit der Angestellten gedient, da dann dem Zustande ein Ende gemacht wird, daß sich viele nach Uebersteigerung der Versicherungsgrenze durch Ableben von nur 4 Markten im Jahr Leistungen sichern, die durch regelmäßige monatliche Beitragsopfer der Gesamtheit überhaupt erst möglich werden.

Der Vorwurf der „Kapital-Anhäufung“ findet durch den Bericht der R.f.A. über das Jahr 1927 seine Widerlegung. In wahrlich nicht kleinlicher Form wurden der Wirtschaft Gelder zur Verfügung gestellt, allein für Wohnungsneubauten rund 75 Millionen Mark.

Kapital-Sicherstellung ist unbedingte Pflicht; denn es ist den in der Zahl stetig anwachsenden Rentenbesitzern nicht damit gedient, wenn ihr Rentenbezug nur auf kurze Zeit gesichert ist und sie nicht wissen, wodurch ihr Rentenanspruch in den nächsten Jahren gedeckt werden kann.

Darüber hinaus muß aber auch die Notwendigkeit erfüllt werden, die künftigen Leistungen für die gegenwärtigen Beitragszahler sicher zu stellen. Das ist zur Zeit noch in sehr ungenügendem Maße der Fall.

Aufwertung von Lebensversicherungen. In letzter Zeit wurden vom Reichsaufsichtsrat für Privatversicherung wiederum die Teilungspläne einiger größerer Versicherungsgesellschaften genehmigt.

Bei den meisten Altersversicherten besteht die Meinung, der genehmigte Hunderttag verstehe sich von der Versicherungssumme. Diese Ansicht ist irrig.

Ob der auf die einzelne Versicherung entfallende Aufwertungsanteil in bar auszubezahlt oder in eine neue prämienfreie Versicherung umgewandelt wird, bestimmt der von der Versicherungsaufsichtsbehörde genehmigte und daher maßgebende Teilungsplan der Gesellschaft.

„Wo nur der gute Jan steht? Ich hatte gedacht, daß spätestens zum Mittagessen wieder da sein würde. Die Bratkartoffeln verbrühen ja ganz.“

Durch die sechs fröhlichen Gesellen, die gleich bei ihrem Eintritt ein Zustimmendes anstimmten, kam Leben in den Bären.“

„Wie geht es auf Schloß Korff, Herr Hollem?“ „Ausgezeichnet. Wir haben uns tadellos eingerichtet. Bringen Sie mir 'nen heißen Grog. Ich bin 'n bißchen ausgefroren.“

„Das ist schade. Aber Sie kommen doch noch einmal vorbei, auf dem Rückweg?“ fragte der Wirt. „Ja, auf einen Sprung komme ich noch einmal herein. Wiedersehen!“

„Auf Wiedersehen!“ brüllten die fröhlichen Gesellen. Bereits nach einer halben Stunde kam er wieder. Er war verdrießlich, denn er hatte nicht erhalten, was er brauchte.

„Wenn wir darauf verzichten und zufrieden sind, wenn wir Unterkunft, Essen und Trinken und Heizung erhalten? Klammotten brauchen wir den Winter nicht. Unsere Sachen sind in Ordnung. Auch das Schuhzeug klappert. Wie wäre es? Wir sechs Gesellen würden gern zusammenbleiben.“

„Wo nur der gute Jan steht? Ich hatte gedacht, daß spätestens zum Mittagessen wieder da sein würde.“

„Wo nur der gute Jan steht? Ich hatte gedacht, daß spätestens zum Mittagessen wieder da sein würde. Die Bratkartoffeln verbrühen ja ganz.“

„Wo nur der gute Jan steht? Ich hatte gedacht, daß spätestens zum Mittagessen wieder da sein würde.“

„Wo nur der gute Jan steht? Ich hatte gedacht, daß spätestens zum Mittagessen wieder da sein würde.“

„Wo nur der gute Jan steht? Ich hatte gedacht, daß spätestens zum Mittagessen wieder da sein würde.“

Die Gefährdung der Jugend durch Alkohole

Eine Erhebung, die im Zusammenhange mit den Vorarbeiten für das Handbuch der Alkoholfahrerföhrung...

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 16. Sept. (Hohes Alter.) Gestern feierte in felterer Rüstigkeit Frau Babette Besserer Witw. im Kreise ihrer Familie ihren 75. Geburtstag.

Sinsheim, 17. Sept. (Sonderbriefmarken für das Luftschiff „Graf Zeppelin“.) Nach einer Meldung aus Friedrichshafen...

Sinsheim, 16. Sept. (Schnellere Abwicklung von Streitfällen bei der Arbeitslosenversicherung und beim Reichsarbeitsgericht.) Der Reichsarbeitsminister hat auf die Eingabe des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter...

Dühren, 16. Sept. (Hohes Alter.) Gestern konnte Frau Susanna Kunz im Kreise ihrer Familie auf ihren 82. jährigen Geburtstag zurückblicken.

Waiblingen, 15. Sept. (Verschiedenes.) Die diesjährige Verteilung des Gemeindeförderungsbudgets brachte der Gemeindekasse einen bedeutenden Anfall.

Stuttgart, 15. Sept. (1. Preis.) Bei einem Preisausschreiben einer Frauenzeitung erhielt Frä. Emma Henninger, hier für ihre richtige Lösung den 1. Preis, die Mittel (500 Mark) zu einer großen Herbstreise.

Stuttgart, 17. Sept. (Rascher Tod.) Gestern morgen wurde die 69 jährige Frau R. Stupp im Bette tot aufgefunden.

Eppingen, 15. Sept. (Eppingen in Amerika.) In der in New York erscheinenden Zeitschrift „Deutsch-Amerika“ (Nr. 29) befinden sich einige wertvolle Aufnahmen der markantesten Stadtteile, die A. Benz, Stadtrat, aufgenommen und zu denen der einheimische Dichter Johannes Kleinheins den Text geschrieben hat.

Sulzfeld, 15. Sept. (Ferienreise.) Vor etwa 14 Tagen sind die hiesigen und Sulzfelder Teilnehmer einer Auslandsfahrt nach Südostfrankreich und Korsika zurückgekehrt.

durchgeführt wurde diese erlebnisreiche „große Fahrt“ von den Gruppen Eppingen und Saarbrücken im Gau Westmark der „deutschen Freischar“...

Langenbrücken, 15. Sept. (Empfindlicher Wassermangel.) Infolge der anhaltenden Trockenheit ist hier ein merklicher Wassermangel eingetreten, der die Ergiebigkeit sämtlicher Brunnen in Mitleidenschaft zog.

Neckesheim, 16. Sept. (Kommunales.) Nach längerer Pause wird der Bürgerausschuß am kommenden Freitag zu einer Sitzung zusammentreten.

Heidelberg, 15. Sept. (Das Kind auf dem Dach.) Ein aufregender Unfall ereignete sich heute morgen zwischen 5 und 6 Uhr in einem Hause der Alten Güterbahnstraße.

Heidelberg, 15. Sept. (Schwerer Zusammenstoß.) Gestern nachmittag gegen 5 Uhr ereignete sich am Mönchhofplatz ein Zusammenstoß zwischen der Nebenbahn, einem Postwagen und der Straßenbahn.

Emmendingen, 16. Sept. (Erhaltung eines historischen Tores.) Der Bürgerausschuß beschloß, das Fachtor nicht abreißen zu lassen, sondern es auszubessern, nachdem ein staatlicher Zuschuß zugesichert worden ist.

Krozingen, 16. Sept. (Motorradunfall.) Auf der Landstraße Mühlheim-Krozingen fuhr ein Motorradfahrer auf ein unbeleuchtetes Fuhrwerk.

Willingen, 16. Sept. Eine neue Markthalle soll in den unteren Räumen des alten Rathauses errichtet werden.

Aus dem Reiche der Mode.



80405. Kleid aus hellfarbigem Crepe roman. Das Kleid ist durchgehende gewässert, interessante Teilung durch hochlaufende Biege...

Wasserdicht, einseitig und leicht ohne Gürtel ist die neue Mode, erlaubt ist was gefällig ist es gefällig sehr vielen Das gerade Seitenstück...

80392. Kleid aus speziellem Crepe Marcellin oder Charmeline mit Lodresten. Rechtsseitig ist der obere Volant angebracht, linksseitig unter der Taille angelegt...

